

Die Zukunft des Bergbaus – Standpunkt II

Geschichte schreiben

Von Tazio Müller

Die Tage der Braunkohle in Deutschland sind gezählt. Es wird jedoch seine Zeit brauchen, neue Zukunftsperspektiven für Menschen in den Regionen zu schaffen. Gelingt dort die sozial-ökologische Transformation, kann der Kohleausstieg dem nötigen Ende anderer klimaschädlicher Industrien als Blaupause dienen.

— „Wir werden gehasst und verteufelt werden, genau so, wie früher Sklavenhändler gehasst und verteufelt wurden“, sagte Brian Ricketts, Chef des Lobbyverbandes der europäischen Kohleindustrie, nach dem Ende des Klimagipfels 2015 in Paris. (1) Ein schönes Zitat, illustriert es doch eine Tatsache, die sich die wachsende Klima- und Anti-Kohlebewegung als bedeutenden Sieg auf die Fahnen schreiben kann: Der diskursive Kampf gegen die Kohle ist fast schon gewonnen. Kaum jemand redet heute noch von „Brückentechnologien“, der Begriff „Kohleausstieg“, vor dessen Benutzung die moderateren Umweltorganisationen noch vor kaum zwei Jahren warnten, ist heute in aller Munde. Sogar Michael Vassiliadis, Chef der äußerst kohle- und konzernfreundlichen IG Bergbau, Chemie, Energie, ist gezwungen, in der ebenso kohlefreundlichen Rheinischen Post einzuräumen, die Energiewende bedeute konsequenterweise, „dass die Braunkohle ausläuft.“ (2) Immerhin kann auch die Braunkohleindustrie nicht ignorieren, dass ein nicht unerheblicher Teil der Welt immer intensiver über den Kampf gegen den Klimawandel diskutiert sowie über die Tatsache, dass wir einen Großteil der schon entdeckten fossilen Ressourcen im Boden be-

lassen müssen, wenn wir das andernfalls drohende Klimachaos verhindern wollen. Aber was bringen einem die diskursiven Erfolge, mag man hier fragen, wenn es doch zuerst einmal so aussieht, dass Deutschland Braunkohleweltmeister bleibt, also weiterhin mehr von dem dreckigen Zeug fördert als jedes andere Land auf der Welt? Allerdings: Das Schwächeln der Braunkohle geht auch ins Geld, wie der verzweifelte Versuch von Vattenfall zeigt, sich seiner ostdeutschen Braunkohlesparte zu entledigen. Hatte der schwedische Staatskonzern ihren Wert zu Beginn des Prozesses im Jahr 2015 noch auf zwei bis drei Milliarden Euro angesetzt, sieht die Situation mittlerweile deutlich düsterer aus. So schreibt das Handelsblatt im Februar 2016: „Vattenfall [muss] aber wohl schon froh sein, wenn der Energiekonzern 200 bis 300 Millionen Euro bekommt [...] Die Bieter kalkulieren höchst konservativ. Sie preisen die unsichere Zukunft von Kohle als Energieträger ein.“ (3) Da in dieser konservativen Rechnung auch noch nicht die Folge- und Ewigkeitskosten des Braunkohletagebaus eingerechnet sind, und die Rückstellungen der Energiefirmen für diese Posten mit Sicherheit nicht ausreichen werden, zitiert das Blatt einen Energieanalysten, der erklärt, dass Vattenfall im schlimmsten Fall draufzahlen müsse. Aussch.

Und wenn das Gebiet um den Tagebau Garzweiler, wenn das Rheinland wirklich, wie Michael Bauchmüller 2015 in der Süddeutschen Zeitung schrieb, „das neue Wendland“ (4) wird, was den Widerstand gegen die Kohle angeht, dann ist klar: Bald ist es aus mit der Braunkohle. Die Frage nach dem Ob ist also mittlerweile hinreichend beantwortet. Bleiben die Fragen nach dem Wann – und natürlich nach dem Wie.

Anti-Kohlebewegung im Gerechtigkeitsdilemma

Um das Ende des Kohleausstiegs tobt schon jetzt eine heftige Debatte – 2050, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund es fordert, 2040 oder noch früher, gar sofort? –, die wiederum eng mit dem Wie verknüpft ist. Und hier steckt die Anti-Kohlebewegung in einem Gerechtigkeitsdilemma, genauer, in einem Klimagerechtigkeitsdilemma. Um zu verstehen, worum es beim Ruf nach Klimagerechtigkeit geht, muss man sich nur eine einfache Tatsache vergegenwärtigen: Unter den Folgen des Klimawandels leiden (im Schnitt) diejenigen am meisten, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben und am wenigsten von Aktivitäten profitiert haben, die den Klimawandel beschleunigen. Aus dieser Tatsache der Klimaungerechtigkeit erwächst

die moralisch leicht nachvollziehbare Forderung, dass für das Abwenden des drohenden Klimachaos zuerst diejenigen zur Kasse gebeten werden sollten, die davon am meisten profitiert haben, und nicht diejenigen, die ohnehin nur sehr wenig besitzen. So weit, so klar. Schwierig aber wird es, wenn innerhalb dieses Arguments verschiedene Gerechtigkeitsansprüche zueinander ins Verhältnis gesetzt werden müssen – und genau das geschieht gerade. Oder geschieht eben nicht, sieht man sich die Debatte um den Kohleausstieg in Deutschland an.

Denn zwei Forderungen, die sich beide aus dem gerade formulierten Klimagerechtigkeitsanspruch bruchlos ableiten lassen, stehen da in direktem Widerspruch. Einerseits forderten 2015 radikale Akteure wie die ungehorsame Ende-Gelände-Kampagne (vgl. S. 118) den sofortigen Kohleausstieg, sozusagen eine Unterkategorie der allgemeinen Forderung nach signifikanten und schnellen Emissionsreduktionen vor allem im globalen Norden. Die Forderung macht Sinn: Um unter der Zwei-Grad-Grenze zu bleiben (von der in Paris „beschlossenen“ 1,5-Grad-Grenze ganz zu schweigen), müsste Deutschland innerhalb extrem kurzer Zeit (mit Sicherheit vor 2040, eher innerhalb der kommenden fünf bis zehn Jahre) komplett zumindest aus der Braunkohle aussteigen. (5) Und von den vom Klimawandelbedingten Absaufen bedrohten kleinen Inselstaaten Vanuatu oder Kiribati aus betrachtet gibt es zu dieser Forderung nun mal keine Alternative, dem Braunkohleausstieg würde wohl auch die Bäuerin aus Bangladesch vorbehaltlos zustimmen.

Kein Ausstieg ohne die Gewerkschaften

Andererseits ist eine weitere zentrale Forderung der Klimagerechtigkeitsbewegung auch die nach „gerechten Übergängen“: Die internationale Gewerkschaftsbewegung, die in diesen Debatten den schwerfälligen deutschen Industriegewerkschaften ein wenig voraus ist, hat den Begriff ins Spiel gebracht. Gerechte Übergänge ist die etwas sperrige Übersetzung des englischen Begriffs „Just Transition“, der im Rahmen einer Bewegung, die nicht bloß Umwelt-, sondern Umweltgerechtigkeitsbewegung sein will, genutzt wird, um ökologische Reformen und Umstrukturierungsprozesse zu beschreiben, in denen nicht, wie üblicherweise, die Arbeiter(innen) die Zeche für den ökologischen Überkonsum der Reicheren zahlen müssen. In denen umweltschädliche Produktionsprozesse wie die von Autos, Kohlestrom oder Laptops

zwar ausreichend schnell beendet werden, um die drohende(n) ökologische(n) Katastrophe(n) noch abzuwenden, aber nicht einfach, wie etwa in der nordenglischen Kohleindustrie, hunderttausende oft gewerkschaftlich organisierte Arbeiter(innen) ihre Jobs verlieren, und soziale und kulturelle Brachlandschaften zurückbleiben. Es ist schließlich nicht die Schuld der Arbeiter(innen) in den Kohleregionen, dass der Klimawandel nun schon so weit fortgeschritten ist, und deshalb sollten sie nicht die Hauptlast der Transformation tragen müssen.

„ Es ist nicht die Schuld der Kohlearbeiter, dass der Klimawandel schon so weit fortgeschritten ist, deshalb sollten sie nicht die Hauptlast der Transformation tragen müssen. “

Neben dieser ethischen Begründung des Rufs nach gerechten Übergängen gibt es für eine links-ökologische Politik auch strategische Gründe für diese Forderung: Ein gegen den Willen der Gewerkschaften durchgekämpfter Kohleausstieg wäre mit Sicherheit kein gerechter (weil eine Transformation üblicherweise von den Interessen derer bestimmt wird, die sie auch vorantreiben), und würde die radikalen Klimaschützer(innen) eher an die Seite von grün-schwarzen Modernisierer(inne)n stellen, als zur Konstruktion eines gesellschaftlichen Blocks für eine sozial-ökologische Transformation beitragen. Und wenn wir als Bedingung für einen Braunkohleausstieg in Deutschland die Messlatte anlegen, dass dieser für die Menschen in den Revieren wirklich gerecht verlaufen muss, dann können wir natürlich kein sofortiges Aus aller Tagebaue und Braunkohlemeiler fordern. Dann kommen wir zu Zeitkorridoren, wie sie vor Kurzem der regierungsnahe Think Tank Agora Energiewende vorgelegt hat: einen Ausstieg bis 2040. Oder vielleicht landen wir dann sogar im Jahr 2050, das der Deutsche Gewerkschaftsbund als Mindestlaufzeit fordert. Für die Arbeiter(innen) in den Revieren mag die Zeit reichen, für die Rettung des Klimas ist es dann jedoch etwas zu spät.

Gerecht aussteigen, aber wie? Die Debatte um einen Kohleausstieg nimmt erst jetzt richtig an Fahrt auf; da ist es nicht überraschend, dass die zentralen Fragen offen, sprich, die Antworten umkämpft sind. Angenommen, wir einigen uns aus strategischen, nicht aus klimaethischen Gründen vorerst auf die Forderung nach einem gerechten Übergang, dann müssten wir der intellektuellen und politischen Redlichkeit halber Folgendes zugeben: Positivbeispiele dafür, wie sich ein großer, „dreckiger“ Industriesektor so abwickeln lässt, dass auf sein Ende kein soziales und ökonomisches Desaster für die von diesem Sektor abhängigen Regionen und die dort lebenden Menschen folgt, gibt es bisher nicht. Das wiederum bedeutet, dass sich die Anti-Kohlebewegung unter den gegebenen Bedingungen auf einen heftigen Kampf mit den Gewerkschaften einstellen kann, denn deren Defensivposition in der Debatte ist (leider) vollkommen nachvollziehbar. Sie machen Politik für „ihre Leute“, das ist das, was ihre Mitglieder von ihnen erwarten.

Unbekannte Übergänge

Aber genau darin liegt auch die Chance, neue Wege zu eröffnen. Denn während es aus kurz- und mittelfristiger Perspektive durchaus nachvollziehbar erscheint, sich mit aller Macht gegen den baldigen Kohleausstieg zu wehren (wieder Vassiliadis: „Ein vorzeitiges Braunkohle-Aus ist nicht zu verkraften“), ist es ebenfalls offensichtlich, dass ein Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau der Regionen notwendig ist, um den Kohlerevieren neue Zukunftsperspektiven zu verschaffen. Nur: Für solche „gerechten Übergänge“ liegen bisher keinerlei Konzepte vor. Niemand, weder die Gewerkschaften noch die Umweltverbände, weder Regierungen noch lokale Bürgerinitiativen wissen, wie so ein gerechter Übergang aussehen könnte. Der bereits erwähnte Agora-Entwurf für einen Ausstieg bis 2040 empfiehlt zwar eine umfangreiche Finanzierung eines solchen Umbauprojekts, hält sich aber mit konkreten Vorschlägen für eine sektorale Transformation dann doch eher zurück. Darin liegt die heutzutage zentrale Herausforderung für diejenigen, die für eine sozial-ökologische Transformation kämpfen. Bleibt ein solcher Plan aus, wird es zu zunehmend erbitterten Kämpfen zwischen der Umweltbewegung und den Gewerkschaften kommen, und der Weg nach vorne wird versperrt bleiben. Oder aber die Gewerkschaften schaffen es, Pläne dafür zu entwickeln, wie sich der Kohleausstieg gestalten lässt, anstatt

dass er sie unvorbereitet trifft. Das wäre etwas, womit sie Geschichte schreiben könnten. Das Ende des Kohleabbaus in Deutschland wäre dann eine Blaupause dafür, wie unsere Zukunft aussehen muss, weil wir ja aus noch viel größeren und wirtschaftlich relevanteren schmutzigen Industrien aussteigen müssen (Stichwort Auto). Wir können vom Beispiel der Kohle lernen, das richtig zu machen. Oder das Ganze an die Wand fahren lassen. Dann gewinnt niemand. Mal schauen, wer dann gehasst und verteufelt wird. ———

Anmerkungen

- (1) „Coal Lobby Chief: COP21 Means ‘We Will be Hated Like Slave Traders.’“ Meldung unter www.euractiv.com vom 14. Dezember 2015.
- (2) „Vorzeitiges Braunkohle-Aus ist nicht zu verkraften“. Interview mit IG BCE-Chef Michael Vassiliadis auf www.rp-online.de vom 12. Februar 2016.
- (3) Hubik, Franz/Steuer, Helmut: Vattenfall: Energieriese meldet herbe Verluste. www.handelsblatt.com vom 3. Februar 2016.
- (4) Bauchmüller, Michael: Goliath im Tagebau. www.sueddeutsche.de vom 17. August 2015.
- (5) Anderson, Kevin/Bows, Alice: Beyond ‘Dangerous’ Climate Change: Emission Scenarios for a New World. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society A* 1/2011, S. 6–19.



Wann ist bei Ihnen Schicht im Schacht?

Am 15. Mai 2016: mit Ende Gelände im Tagebau Welzow-Süd. Rein in die Grube, raus aus der Kohle.

Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist seit 2007 in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv und organisiert 2016 zusammen mit vielen anderen Aktionen gegen den Braunkohleabbau in Deutschland.

Zum Autor

Tazio Müller, geb. 1976, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie für die

Kontakt

Tazio Müller
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz, D-10243 Berlin
E-Mail mueller.t@rosalux.de